

Europa auf dem Weg zum Populismus? Droht eine neue “Unregierbarkeit”?

Prof. Dr. Edgar Grande/

Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

**Beitrag zur Herbsttagung Arbeitsgemeinschaft Großer
Wohnungsunternehmen, Darmstadt, 18./19. November 2010.**



Politische Mega-Trends

- Neubestimmung von Staatsaufgaben (demographischer Wandel, globale Risiken);
- Neue Formen der Produktion öffentlicher Güter („Governance“, Public-Private-Partnerships, etc.);
- Bedeutungsverlust des Nationalstaats (Europäische Integration, „Global Governance“, etc.);
- Neue politische Konfliktlinien („Integration-Abgrenzung-Konflikt“).

Ich werde mich im Folgenden auf den letzten Aspekt konzentrieren.

Zentrale Thesen

- Die Globalisierung erzeugt in den westeuropäischen Ländern neue politische Konfliktstrukturen, die einen neuen Populismus hervorgebracht haben.
- Dadurch geraten die etablierten Parteien massiv unter Druck.
- Dies könnte gravierende Auswirkungen auf die politische Stabilität und Regierbarkeit in den westlichen Demokratien haben.

Datengrundlage

- *Projekt:* ‚(Nationaler) Politischer Wandel in einer entgrenzten Welt‘, geleitet von Edgar Grande (Universität München) und Hanspeter Kriesi (Universität Zürich);
- *Reichweite:* Sechs westeuropäische Länder (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Schweiz);
- *Untersuchungszeitraum:* Mitte der 1970er Jahre bis 2007-08; laufende Aktualisierungen;
- *Empirische Basis:* Quantitative Inhaltsanalyse von Wahlkämpfen und öffentlichen Debatten auf der Basis von Tageszeitungen; Analyse von Wahlbefragungen und Umfragedaten.

Wie wirkt sich die Globalisierung auf politische Konflikte in Westeuropa aus?

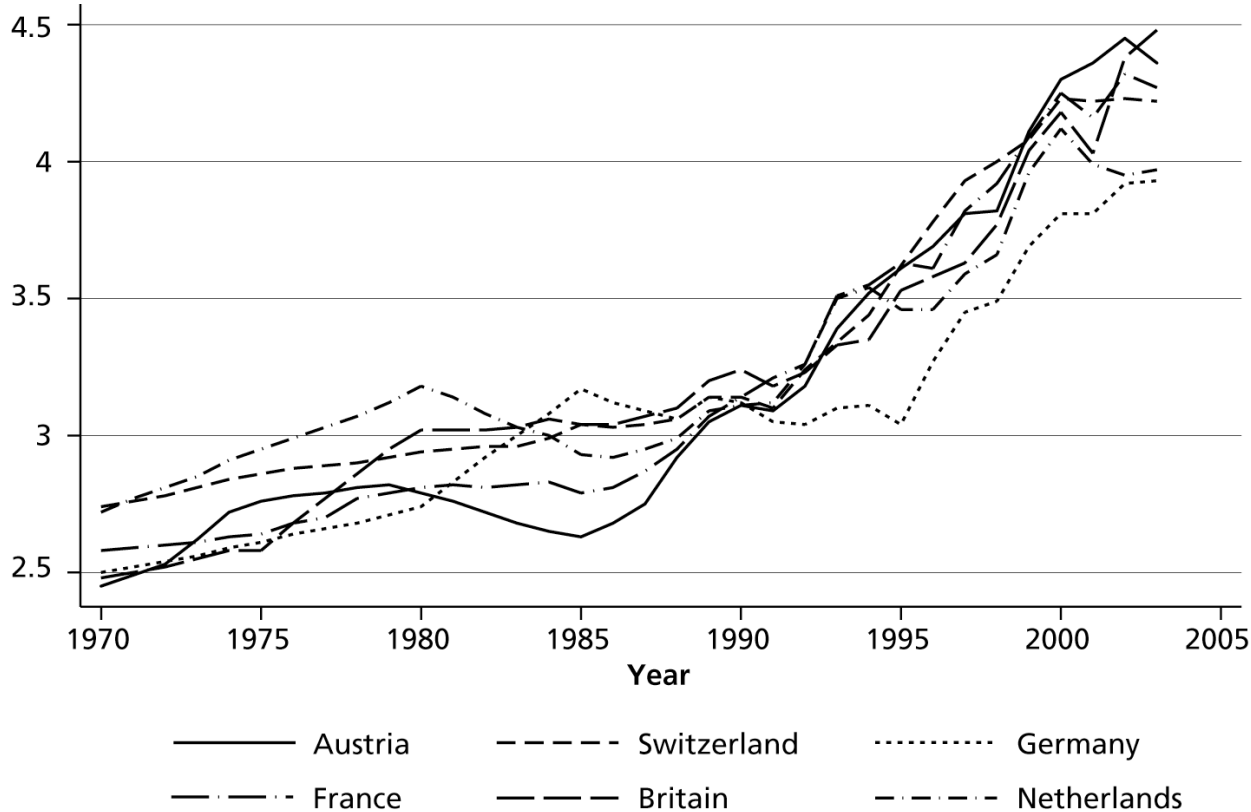
Globalisierung erzeugt insbesondere *drei Typen von Konflikten*:

- *ökonomischer Wettbewerb und ökonomische Disparitäten* ('offene' vs. 'geschützte' Wirtschaftssektoren);

- *Zuwanderung und kulturelle Diversität* ('Einheimische' vs. 'Zugewanderte');

- *Nationalstaat und politische Integration* ('nationalistische' vs. 'kosmopolitische' Orientierungen).

Figure 3.1: The rise of globalization 1970-2003



Source: KOF Globalization index 2006 (ETH Zurich); see www.globalization-index.org.

This index averages the scores of 23 economic, social, and political indicators of globalization in 123 countries. Economic indicators include, for example, trade flows, foreign investments and import barriers, social indicators include tourism, outgoing telephone calls or Internet usage, political globalization, finally, is operationalized with membership in international organizations and diplomatic relations with foreign countries.

Wie wirken sich diese neuen Konflikte aus?

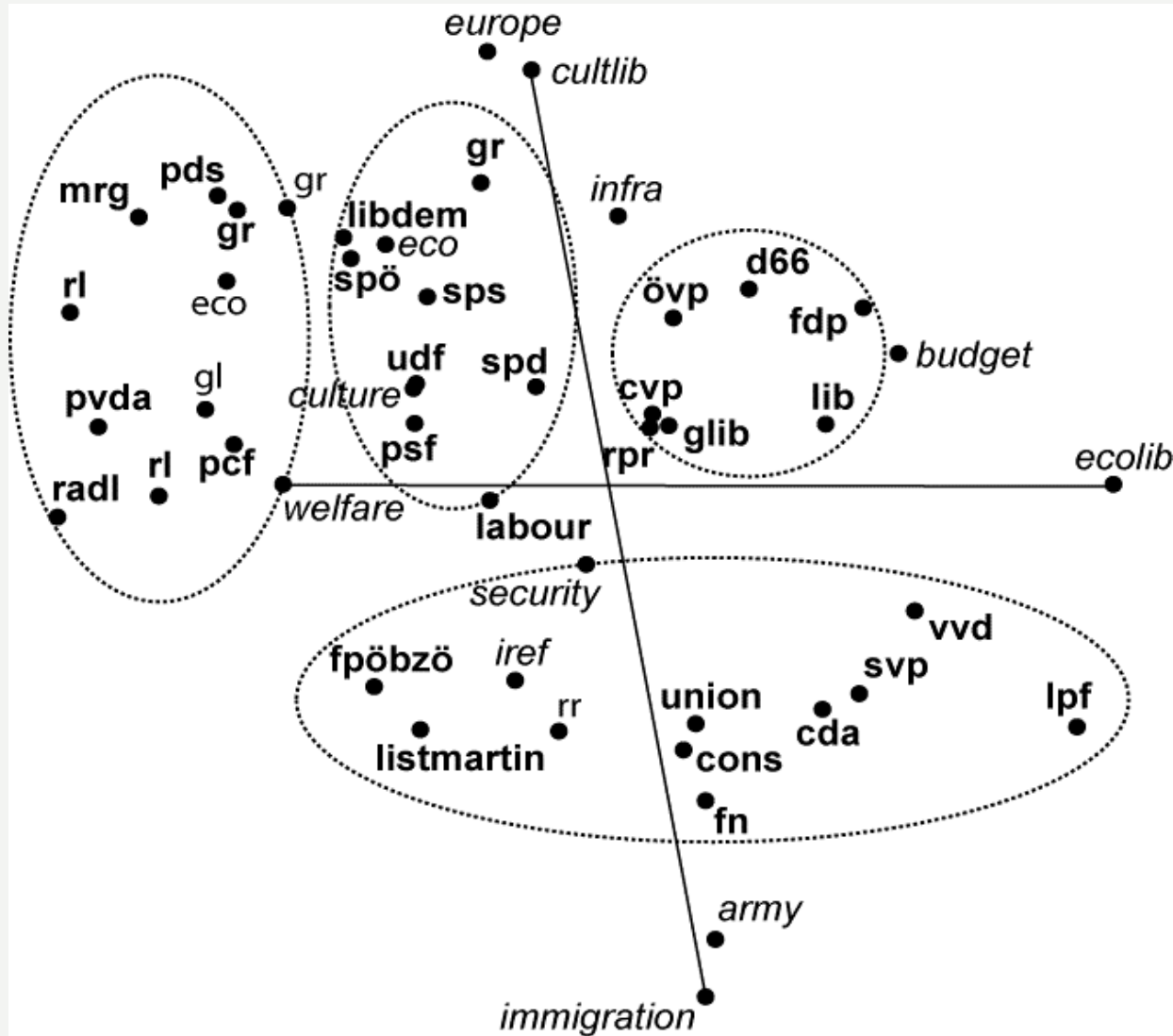
1. Diese Konflikte konstituieren *neue Gruppen von potentiellen 'Gewinnern' und 'Verlierern'*, die quer zu bestehenden Klassen und Schichten liegen.
2. Entscheidend hierbei sind nicht reale Verluste, sondern die zunehmende **Statusunsicherheit**.
3. Diese Gruppen bilden die **politische Potentiale** für die Gründung neuer Parteien und die Restrukturierung nationaler Parteiensysteme bilden.
4. Durch diese Konflikte ist eine **neue strukturelle Konfliktlinie** in den westeuropäischen Gesellschaften entstanden: Abgrenzung vs. Integration (oder: Nationalismus vs. Kosmopolitismus).

Wie wirkt sich diese neue Konfliktlinie auf die Struktur der ‚politischen Räume‘ aus?

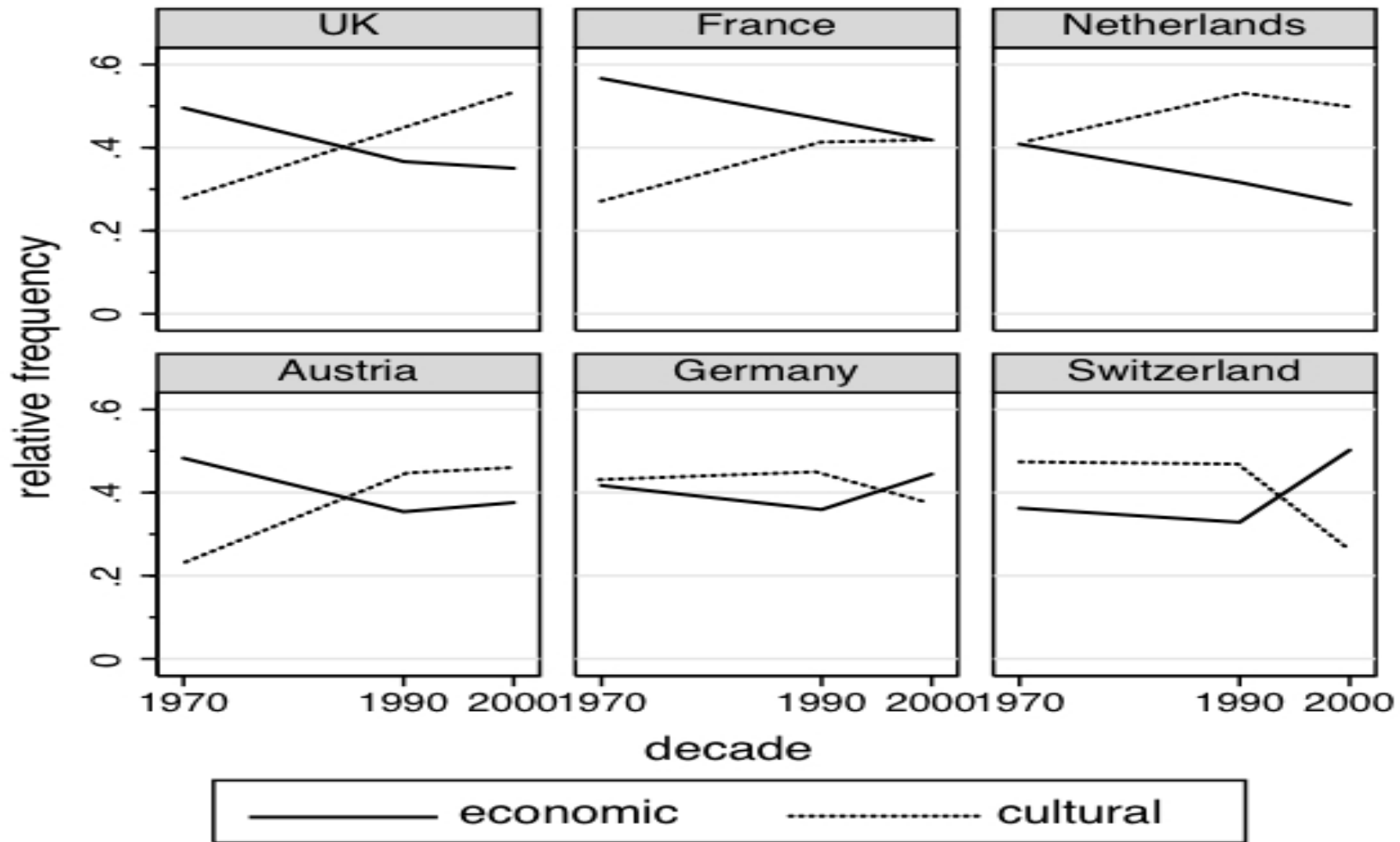
- **Zwei-dimensionale Struktur** politischer Räume, bestehend aus einer **sozio-ökonomischen** und einer **kulturellen Konfliktlinie**.
- Durch den neuen ‚Abgrenzungs-Integrations‘-Konflikt, der durch die Globalisierung erzeugt wurde, wurde die **kulturelle Dimension** des politischen Raumes **transformiert**.
- Die kulturelle Konfliktlinie wird inzwischen vor allem durch die Themen **‚Einwanderung‘** und **‚Europa‘** konstituiert.
- Die **kulturelle Konfliktlinie hat erheblich an Bedeutung gewonnen** und ist in vier der sechs Untersuchungsländer inzwischen die wichtigste Konfliktlinie. Ausnahmen: Deutschland und Schweiz in den 2000er Jahren.
- Dies gilt für die **Wähler und die Parteien**.

Hinweis zur Interpretation der folgenden Tabellen und Schaubilder

- Bei den Jahreszahlen in den folgenden Tabellen und Schaubildern handelt es sich in der Regel um Gesamtwerte für die jeweiligen Dekaden. Mit „2000er“ ist also das ganze Jahrzehnt gemeint, nicht das Jahr 2000. Analoges gilt für die „1970er“ und „1990er“ Jahre.
- Diesen Gesamtwerten liegen mindestens zwei Wahlen aus dem jeweiligen Jahrzehnt zu Grunde.
- Eine Erläuterung der einzelnen Themenkategorien („immigration“ befindet sich im Anhang (letzte Folie)).
- Für die Parteien wurden die gebräuchlichen Abkürzungen und Bezeichnungen verwendet. Für die deutschen Parteien: spd, union, fdp, pds und „gr“ für die Grünen.



Strukturierung der nationalen Räume in West- Europa: 2000er

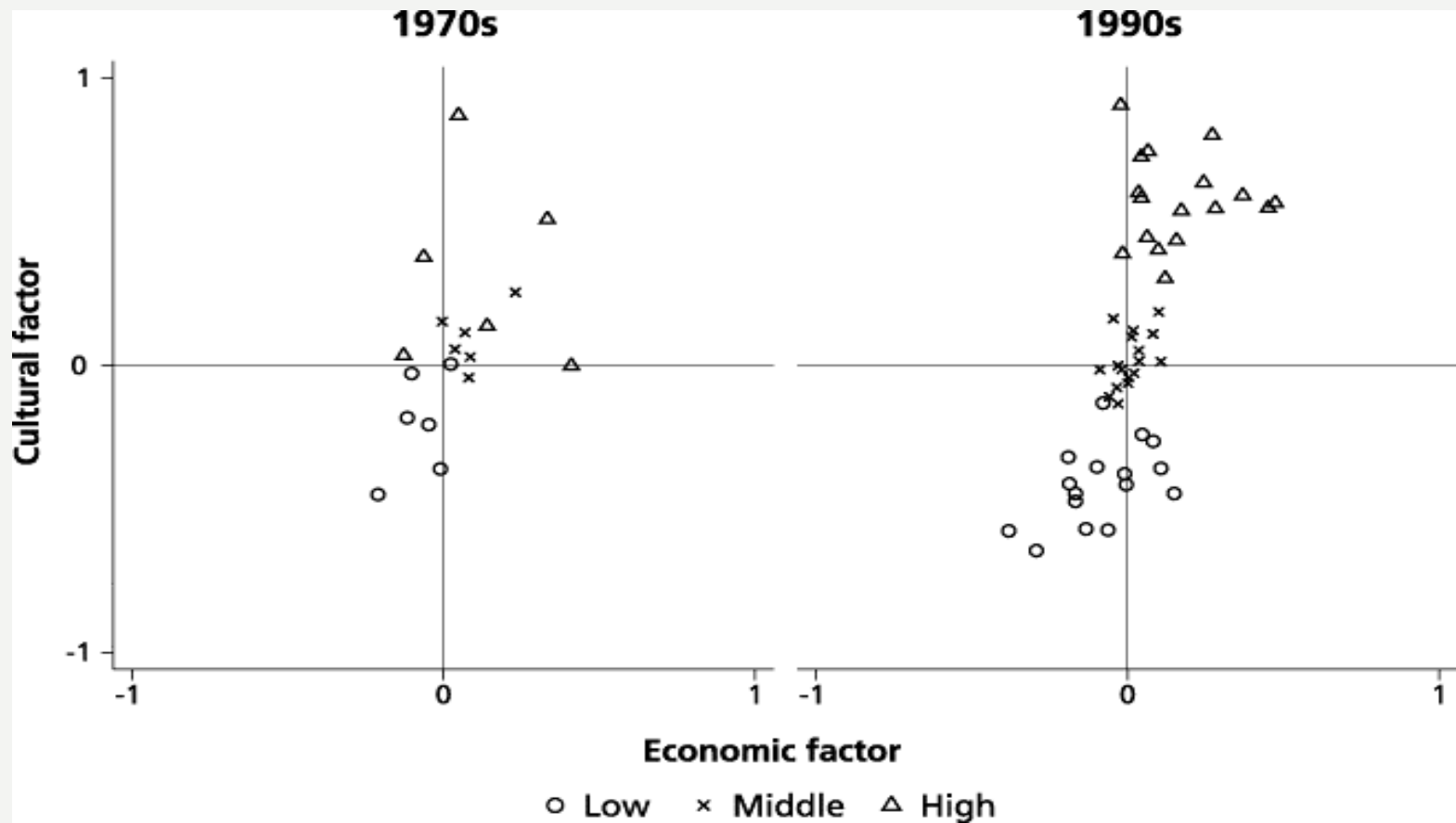


Graphs by country1

Merkmale von „Globalisierungsverlierern“

- Niedriger Bildungsstatus;
- (ungelernte) Arbeiter;
- **Bildung** ist der entscheidende Faktor, durch den sich die Zugehörigkeit zur Gruppe der „Globalisierungsverlierer“ und Einstellungen zu Themen wie „Einwanderung“ und „Europa“ erklären lassen;
- Die Gruppe läßt sich (a) eindeutig im politischen Raum verorten; sie ist (b) kohärenter geworden und (c) sie unterscheidet sich vor allem durch ihre Einstellungen zu (neuen) kulturellen Themen.

Bildung



Soziale Klasse

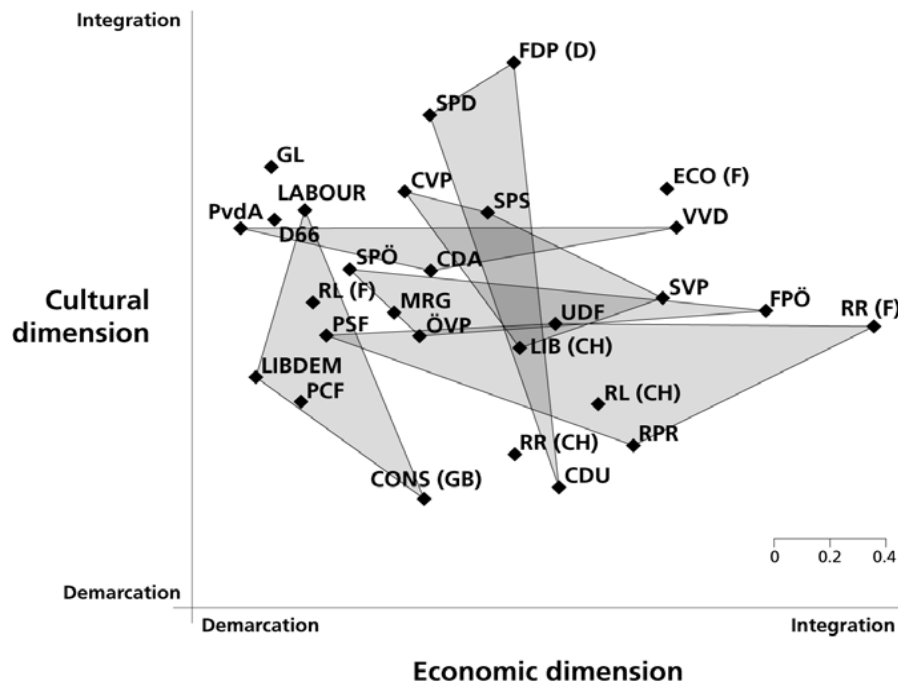


Wie sind die politischen Parteien in diesem ‚politischen Raum‘ positioniert?

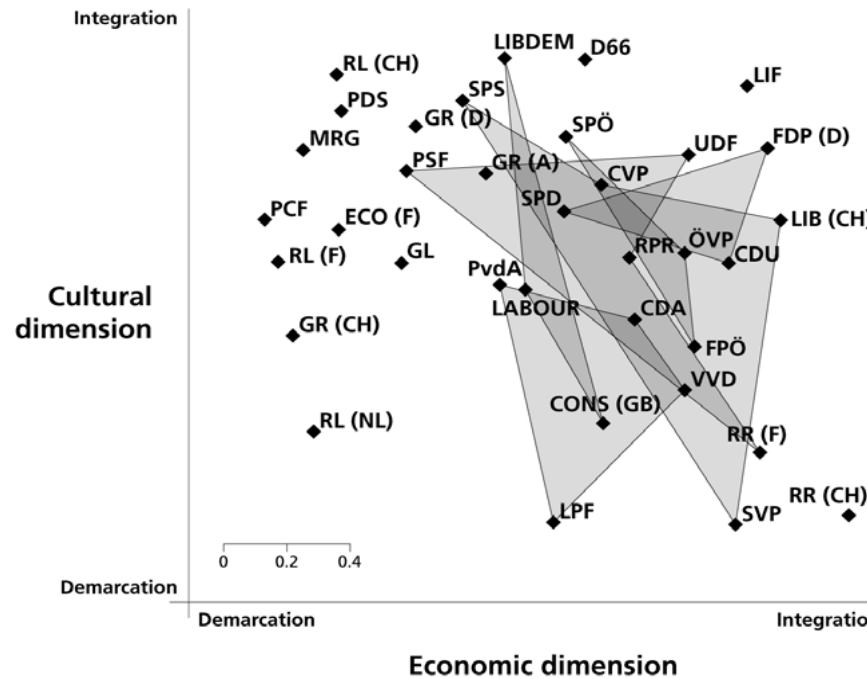
- Der politische Raum ist in den 1990er Jahren erkennbar stärker bevölkert als noch Mitte der 1970er Jahre;
- Die etablierten Parteien haben sich überwiegend nach rechts bewegt;
- Neue Mitte: Die sozialdemokratischen Parteien besetzen nun überwiegend die ‚Mitte‘ des politischen Raumes;
- Der politische Raum wird durch die politischen Parteien ungleich besetzt. Wichtige Bereiche (kulturelle Offenheit/ökonomischer Liberalismus; kulturelle Schließung/ökonomischer Protektionismus) werden von den etablierten Parteien nicht besetzt, obwohl sich dort relevante Wählergruppen befinden.

Figure 11.3 Positions of parties in the political space

a) 1970s



b) 1990s-2000s



Welche Folgen hat die neue Konfliktlinie für politische Parteien und Parteiensysteme?

- 1. Die etablierten Parteien haben überwiegend Programme für die 'Gewinner' der Globalisierung angeboten. Dadurch hat sich ein '**window of opportunity**' für **neue Parteien** geöffnet, das insbesondere von rechtspopulistischen Parteien genutzt wurde.
- 2. Die **Fragmentierung und Polarisierung** innerhalb der Parteiensysteme hat zugenommen.
- 3. Der politische 'Wettbewerbsraum' ('space of competition') zwischen den politischen Parteien hat sich deutlich nach 'rechts' verschoben (**'shift to the right'**).

Folgen II:

- 4. Aufgrund dieser Entwicklungen hat sich eine **tri-polare Struktur des politischen Wettbewerbs** herausgebildet mit sozialdemokratischen und grünen Parteien am linken Pol, christdemokratische und konservative Parteien am gemäßigt-rechten Pol und rechtspopulistischen Parteien an einem neuen extrem-rechten Pol. Ausnahmen sind Deutschland und Großbritannien.
- 5. Die Entwicklung der nationalen Parteiensysteme weist erhebliche **Unterschiede zwischen den sechs untersuchten Ländern** auf. Dies ist vor allem die Folge unterschiedlicher politisch-institutioneller Gelegenheitsstrukturen (Wahlrecht, Parteiorganisation, etc.) in den einzelnen Ländern.

Folgen III:

- 6. Das Transformationspotential der Globalisierung wurde durch die politischen Parteien noch nicht vollständig ausgeschöpft. Der Bereich im politischen Raum, in dem sich die “Globalisierungsverlierer” befinden, wird durch die politischen Parteien in vielen Ländern nicht abgedeckt (**“Repräsentationskrise”**).
- 7. In allen Ländern gibt es einen **hohen Anteil politischer Apathie**.
- 8. Die Analyse der Gruppe der politisch Apathischen zeigt auch, dass es **unausgeschöpfte Potentiale für die neue populistische Rechte** gibt, denn das Einstellungsprofil der politischen Apathischen deckt sich zumindest in der kulturellen Dimension mit der Programmatik der “radikalen Rechten” .

Table 6.2 Share of participants in electoral and protest politics (2002-2007)

	A	GB	F	D	NL	CH	Mean
national elections (official results) ¹	80.5	60.4	77.7	78.4	79.8	47.2	70.7
European elections (official results) ²	42.4	38.9	42.8	43.0	39.3	—	41.3
protest politics (ESS)	6.3	4.3	14.2	8.7	3.4	7.4	7.3
only European elections (EES)	1.1	6.5	4.8	3.4	0.3	—	3.2
only protest politics (ESS)	0.8	0.8	2.3	1.0	0.4	1.6	1.1
no participation (ESS)	13.3	28.4	20.6	17.1	15.3	30.9	20.9

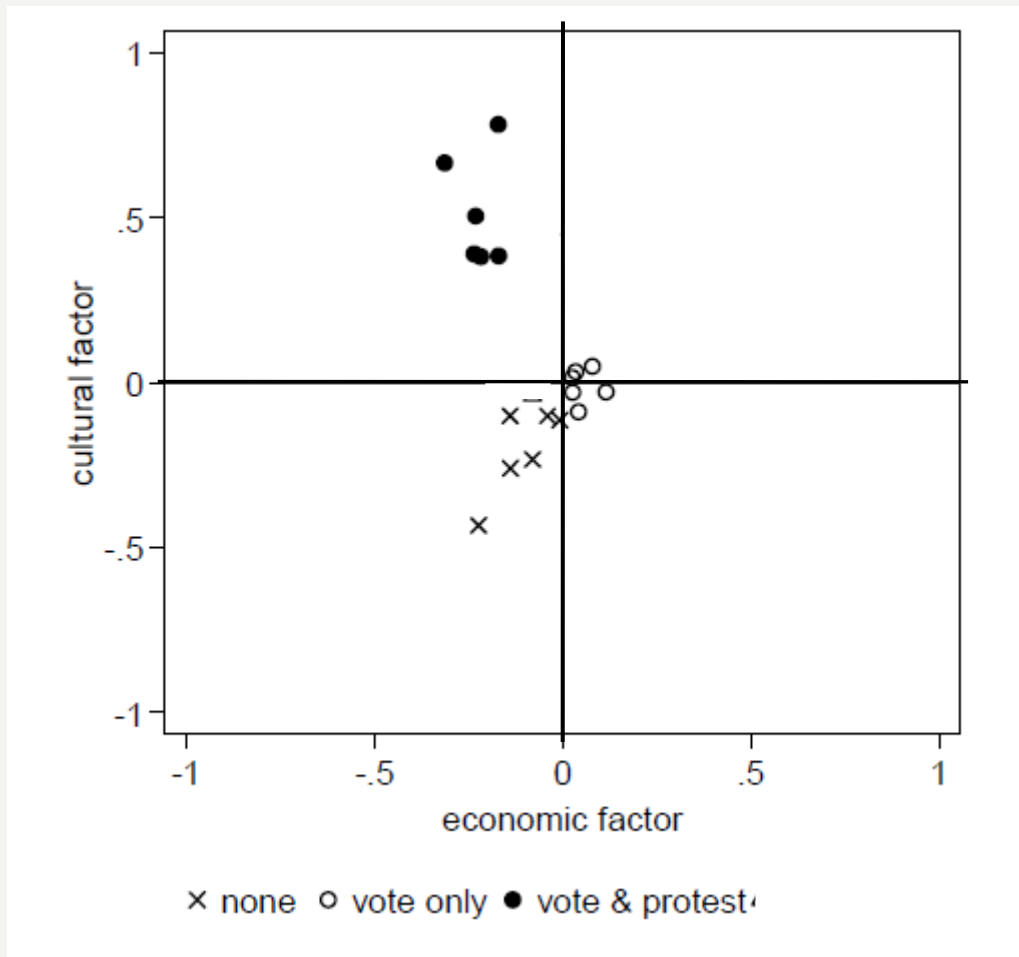
Source: official figures (see below); ESS (rounds 1-3); EES 2004; weights applied.

Variables: ESS vote (*voted last national election*) and pblmn (*taken part in a lawful demonstration during the last 12 months*); EES q09 (*vote in European parliament elections*) and q11 (*actual vote in last election*).

¹ Official figures for national elections in Austria (2002, 2006, 2008), Britain (2001, 2005), France (presidential, 1st round: 2002, 2007), Germany (2002, 2005), the Netherlands (2002, 2003, 2006), and Switzerland (2003, 2007).

² Official figures for the European election 2004.

Teilnahme an nationalen Wahlen und in Protestpolitik (2002-2007)



Folgen IV:

- 9. Der neue 'Abgrenzungs-Integrations-Konflikt' könnte auch durch **neue linkspopulistische Parteien** politisiert werden, die vor allem die ökonomische Dimension der Globalisierungskonflikte thematisieren.).
- **10. Erosion der "Volksparteien"**: Die (sozialdemokratischen) Parteien der "neuen Mitte" geraten dadurch unter einen doppelten Druck: durch (neue) rechtspopulistische Parteien einerseits, durch (neue) linkspopulistische Parteien andererseits (exemplarisch: Niederlande).

Wie wirken sich die neuen Konflikte auf die Regierbarkeit aus?

- Fragmentierung und Polarisierung der Parteiensysteme;
- Zunehmender Populismus (Kurzfristorientierung, unrealistische Forderungen, Elitenkritik);
- Schwierigkeiten der Regierungsbildung; höhere Konfliktintensität in Regierungen; instabile Regierungen auf nationaler Ebene;
- Zunehmende Kritik an europäischer Integration (insb. Erweiterung);
- „neue Unregierbarkeit“?

Appendix:

Definition of issue categories

Table 3.2: Issue-categories

category	abbreviation in the figures	description
welfare	welfare	support for an expansion of the welfare state; defence against welfare state retrenchment; support for tax reforms with a redistributive character; calls for employment and health care programs
budget	budget	support for a rigid budgetary policy; reduction of the state deficit; cuts on expenditures; reduction of taxes without direct effects on redistribution
economic liberalism	ecolib	support for deregulation, more competition, and privatisation; opposition to market regulation; opposition to economic protectionism in agriculture and other sectors of the economy
cultural liberalism	cultlib	support for the goals of new social movements, with the exception of the environment movement; support for cultural diversity, international cooperation (excluding the European Union and Nato); support for the United Nations; opposition to racism; support for the right to abortion and euthanasia; opposition to patriotism, calls for national solidarity, defence of tradition, national sovereignty, and to traditional moral values; support for a liberal drug policy
Europe	europe	support for European Integration, including enlargement; support for EU-membership in the cases of Switzerland and Austria
culture	culture	support for education, culture, and scientific research
immigration	immigration	support for a tough immigration and integration policy
army	army	support for the armed forces (including Nato), for a strong national defence, and for nuclear weapons
security	security	support for more law-and-order, the fight against crime, and denouncing political corruption
environment	environ	support for environmental protection; opposition to nuclear energy
institutional reform	iref	support for various institutional reforms such as the extension of direct democracy, modifications in the structure of the political system, federalism and decentralization; calls for the efficiency of government and public administration, and new public management
infrastructure	infra	calls for the improvement of the country's roads, railways, etc.